

Teil I Politische Soziologie der Ukraine

2 Zwischen Autokratie und Demokratie

Heiko Pleines

Einleitung

Der Weg von der Autokratie zur Demokratie ist häufig vor allem deswegen so langwierig, weil er zumindest teilweise mit den Eliten eines alten autoritären Regimes beschritten werden muss. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Justiz. Wenn Richter Demokratie und Rechtsstaat nicht schützen, können andere sie untergraben. In der Ukraine haben die amtierenden Richter bis 2021 erfolgreich alle Versuche einer durchgreifenden Justizreform blockiert (Kuybida 2017; Popova & Zhernakov 2020). Selbst das Verfassungsgericht hatte regelmäßig in politischen Machtkämpfen Partei ergriffen. Teilweise wurde dafür Korruption verantwortlich gemacht, teilweise gab es aber auch erheblichen politischen Druck auf Verfassungsrichter (Gall 2011).

Politiker gewannen immer wieder Wahlen mit dem Versprechen, Korruption zu bekämpfen und Rechtsstaatlichkeit herzustellen. Dies galt auch für Wolodymyr Selenskyj, der 2019 in einem erdrutschartigen Sieg zum Präsidenten gewählt worden war und dessen neugegründete Partei „Diener des Volkes“ anschließend eine absolute Mehrheit im Parlament gewann. Im Jahr 2020 erklärte das Verfassungsgericht dann einen großen Teil der in den Vorjahren verabschiedeten Reformen zur Korruptionsbekämpfung für verfassungswidrig. Kritiker wiesen sofort darauf hin, dass das Verfassungsgericht einen Interessenkonflikt habe, da einige Richter selber durch die Reformen der Korruption überführt werden könnten. Die Verfassungsklage war von der als pro-russisch bezeichneten, politischen Opposition mit Unterstützung einflussreicher Großunternehmer, sogenannter Oligarchen, eingereicht worden. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes wurde nur von einem Zehntel der Bevölkerung positiv bewertet, während 60 % sie explizit ablehnten (Ukraine-Analysen 2020b).

Damit entstand für die Demokratisierung eine paradoxe Situation. Eine Ausschaltung der Gegner der Demokratie war auf demokratischem Wege nicht möglich. Selenskyj entließ den Präsidenten des Verfassungsgerichts und bestimmte einen Nachfolger, obwohl dies nicht in seiner verfassungs-

mäßigen Kompetenz lag. Er verstieß damit gegen die Verfassung, was von vielen als Rückschlag für die Demokratie gewertet wurde. Eine Beibehaltung des alten Verfassungsgerichts und eine deutliche Schwächung der Korruptionsbekämpfung wären aber ebenfalls ein Rückschlag für die Demokratie, u.a. weil Oligarchen regelmäßig Parlamentsabgeordnete bestachen, sodass viele Reformvorhaben im Parlament blockiert wurden, obwohl die Regierungspartei formal eine absolute Mehrheit besaß. Die von Selenskyj eingeleitete neue Justizreform wurde 2021 gleich wieder von amtierenden Richtern blockiert (Nekoliak 2020; Richter 2021). Innerhalb von zwei Jahren nach dem Urteil gegen die Reformen zur Korruptionsbekämpfung wurden vier von 18 Verfassungsrichtern neu ernannt. Die Besetzung des Verfassungsgerichts verstieß dabei in Teilen klar gegen die Verfassung.

Bereits kurz vor der Verfassungskrise von 2020 hatten in einer Umfrage nur 16 % der ukrainischen Bevölkerung erklärt, dass aus ihrer Sicht Richter „völlig“ oder „meistens“ unabhängig seien (Ukraine-Analysen 2020a). Die Vielzahl derartiger Krisen mit gegenseitigen Vorwürfen und Blockaden sowie regelmäßige Korruptionsaffären hatte bereits langfristig das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen allgemein untergraben. Trotz seines überragenden Wahlerfolgs im Vorjahr wurde Selenskyj bereits genau so wenig vertraut wie den Gerichten. Jeweils zwei Drittel erklärten, ihnen „eher nicht“ oder „gar nicht“ zu vertrauen. Explizites Vertrauen sprachen nur 12 % bzw. 13 % aus (Ukraine-Analysen 2020b).

Dieses Fallbeispiel verdeutlicht die Ambivalenzen der ukrainischen Demokratisierung von 1991 bis 2021. Politische Eliten und korrupte Oligarchen nutzten demokratische Regeln, um die Demokratie zu unterlaufen. Als Folge verlor die Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Politik.

Im vorliegenden Kapitel wird zuerst die Entwicklung des politischen Regimes der Ukraine in der Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie kurz skizziert. Anschließend wird gezeigt, wie diese Entwicklung mit der politischen Kultur der ukrainischen Bevölkerung und mit der geopolitischen Orientierung zwischen Russland und der EU zusammenhängt. Abschließend wird diskutiert, inwieweit der große russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch einen Wendepunkt für die ukrainische Demokratie bedeutet.

Politische Regime

Bezogen auf politische Regime ist die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt von einem Wechsel zwischen Autokratie und Demokratie. Die ersten politischen Regime, die nach damaligem Verständnis – trotz z.B. fehlendem Wahlrecht für Frauen – als Demokratien verstanden werden konnten, entstanden im 19. Jahrhundert. Nach dem Ersten Weltkrieg waren – mit Ausnahme der Sowjetunion, die die kurzfristig unabhängige Ukraine als Sowjetrepublik integrierte – alle Staaten in Europa demokratisch. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs entstanden in 15 europäischen Staaten autoritäre Regime. Bezogen auf die europäischen Flächenstaaten gab es auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein ungefähres Gleichgewicht zwischen autoritären und demokratischen Regimen. Dies änderte sich mit den Demokratisierungen zuerst in den 1970er Jahren in Südeuropa und dann ein gutes Jahrzehnt später in Mittel- und Osteuropa (Pleines 2015).

Trotz einer Vielfalt von Definitionen für und Formen von Demokratie besteht Einigkeit, dass die Grundidee von repräsentativer Demokratie immer mehr ist, als nur von der Bevölkerung die Herrschenden wählen zu lassen. Demokratie meint zuerst, dass alle in ihren Menschen- und Bürgerrechten geschützt sind. Diese Grundrechte werden in demokratischen Verfassungen festgeschrieben und dürfen auch von gewählten Politikern nicht geändert werden. Außerdem verlangt die Vorstellung von der Bevölkerung als Machtquelle, dass alle eine informierte Entscheidung treffen können, wenn sie an Wahlen teilnehmen. Deshalb kommen freiem Zugang zu Informationen, freier Meinungsäußerung und freien Massenmedien in Demokratien eine so große Bedeutung zu. Zentral basiert die repräsentative Demokratie aber auch auf der Idee der fortwährenden Kontrolle der Herrschenden, weshalb die Gewaltenteilung im Rahmen eines Rechtsstaates ein wichtiges Element von Demokratien ist. Politiker müssen Macht teilen, müssen sich an geltendes Recht halten und werden deshalb von Gerichten kontrolliert.

Die aktuelle politikwissenschaftliche Debatte löst sich dabei zunehmend von der Dichotomie zwischen Demokratie und Autokratie. Sie verortet politische Regime stattdessen auf einem Kontinuum von perfekter Demokratie bis hin zu totalitärer Diktatur. Etwa in der Mitte finden sich „hybride Regime“, die teilweise demokratisch und teilweise autoritär sind.

Hier unterscheidet das Konzept der defekten Demokratie von Merkel (2003) vier Bereiche, in denen demokratische Regime Defekte aufwei-

sen können, die sie in die Nähe von autoritären Regimen rücken. Probleme bei Wahlen und politischer Beteiligung führen zu einer exklusiven Demokratie, Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte zu einer illiberalen Demokratie, das Aufweichen horizontaler Gewaltenteilung zu einer delegativen Demokratie und begrenzte staatliche Durchsetzungskraft, also eine Einschränkung des Gewaltmonopols, zu einer Enklavendemokratie.

Werden viele demokratische Standards regelmäßig und systematisch verletzt, entstehen autoritäre Regime mit politischem Wettbewerb. In der Definition von Levitsky und Way (2010: 5) sind dies Regime in denen “formal democratic institutions exist and are widely viewed as the primary means of gaining power, but in which incumbents’ abuse of the state places them at a significant advantage vis-à-vis their opponents. Such regimes are competitive in that opposition parties use democratic institutions to contest seriously for power, but they are not democratic because the playing field is heavily skewed in favour of incumbents”. Im Ergebnis ist politischer Wettbewerb unfair, aber immer noch real.

Länder können natürlich von einem vollständig autoritären Regime direkt zu einer gut funktionierenden Demokratie wechseln, insbesondere im Falle eines plötzlichen Regimezusammenbruchs etwa in Folge eines Krieges. Nach einem Putsch oder einer Revolution kann sich eine Demokratie auch schnell in ein vollständig autoritäres Regime verwandeln. Im häufigen Fall eines allmählichen Übergangs bewegen sich die Länder jedoch in der Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie und entwickeln verschiedene hybride politische Regime. Dies gilt auch für die Ukraine (Pleines 2012).

Die Ukraine zwischen Demokratie und Autokratie

Schon nach der Souveränitätserklärung von 1990 fügte das ukrainische Parlament demokratische Regeln in die sowjetische Verfassung ein und setzte eine Kommission ein, die eine neue Verfassung entwerfen sollte. Die ukrainische Verfassung war aber von Anfang an Gegenstand politischer Machtkämpfe. So wurde eine neue Verfassung erst 1996 verabschiedet. Die Verfassung sah als Kompromiss ein semi-präsidentielles System vor, bei dem Parlament und Präsident gemeinsam die Regierung ernennen. Der damalige Präsident Leonid Kutschma unternahm ab 1999 mit Hilfe eines konsultativen Referendums einen intensiven und langanhaltenden Versuch, seine Rechte über eine Verfassungsreform zu stärken. Vor allem durch den

Kauf von Parlamentsabgeordneten sowie massive Einschränkungen der Medien- und Versammlungsfreiheit schuf Kutschma mit Hilfe mehrerer Netzwerke einflussreicher Unternehmer, sogenannter Oligarchen, ein autoritäres Regime mit eingeschränktem politischem Wettbewerb. Oligarchen gelang es im Parlament Abgeordnete für dem Präsidenten nahestehende Fraktionen ‚anzuwerben‘ und ihnen so eine knappe Mehrheit zu verschaffen. Oligarchen kauften auch Massenmedien und bestimmten die neue Redaktionslinie auf Grundlage direkter Anweisungen aus der Präsidialverwaltung.

Als Kutschma dann befürchten musste, dass bei den Wahlen von 2004 trotzdem der Oppositionskandidat gewinnen würde, schlug er eine Schwächung des Präsidenten zugunsten des Parlaments vor – vor allem wohl in der Hoffnung, hier mit Hilfe ‚zusammengekaufter‘ Fraktionen eine dauerhafte Mehrheit erhalten zu können. Die politische Opposition, die sich bis 2002 vehement für eine Schwächung der Vollmachten des Präsidenten eingesetzt hatte, reagierte auf Kutschmas Vorstoß ihrerseits ebenfalls mit einer Kehrtwende. Sie wehrte sich nun gegen eine Stärkung des Parlaments zu Lasten des Präsidenten. Der neue Vorschlag löste im Parlament kontroverse Debatten aus, in deren Verlauf Abgeordnete wiederholt die Rednerbühne blockierten und Tumulte provozierten. Die präsidentennahen Parlamentsfraktionen versuchten mehrfach, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für jeweils leicht abgewandelte Versionen des Verfassungsänderungsgesetzes zu finden. Im April 2004 scheiterte das Reformprojekt nur knapp in der letzten Lesung, weil völlig unerwartet einige Abgeordnete ihren Austritt aus Fraktionen des präsidentennahen Lagers erklärten (Pleines 2005: 57ff.).

Der Versuch Kutschmas, die Präsidentenwahl zugunsten seines Wunschkandidaten Wiktor Janukowytsch fälschen zu lassen, wurde gut dokumentiert und führte zu Massenprotesten, die als Orange Revolution bekannt wurden. Im Rahmen eines politischen Kompromisses, der eine Wiederholung der Stichwahl vorsah, wurde dann auch die Verfassungsänderung im Dezember 2004 verabschiedet. Kutschmas Nachfolger wurde schließlich der Oppositionskandidat Wiktor Juschtschenko. Er verstrickte sich aber schon bald in Machtkämpfen. Janukowytsch gelang es nach einem Erfolg bei den Parlamentswahlen 2006 sogar vorübergehend vom Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden. Politische Intrigen und die Manipulationen der Oligarchen führten so dazu, dass die nach der Orangen Revolution erhoffte Demokratisierung stecken blieb. Als Wiktor Janukowytsch 2010 zum Präsidenten gewählt wurde, begann er schnell mit dem Ausbau seiner eigenen Macht unter Verletzung demokratischer

Standards. So wurde das Verfassungsgericht durch massiven Druck dazu gebracht, die Verfassungsreform von 2004 für ungültig zu erklären und damit die ursprüngliche stärkere Stellung des Präsidenten wiederherzustellen. Es entstand erneut ein autoritäres Regime mit begrenztem politischem Wettbewerb (Luchterhandt 2010).

Nachdem Janukowytsch im Februar 2014 in Reaktion auf die Euromaidan-Proteste geflohen war, stimmte das Parlament für die Wiedereinführung der Verfassungsänderungen von 2004 und damit eine erneut schwächere Stellung des Präsidenten. Gleichzeitig wurden mit dem Euromaidan, der deshalb auch Revolution der Würde genannt wurde, viele der unter Janukowytsch eingeführten Manipulationen von Demokratie und Rechtsstaat beendet.

Die vielen politischen Konflikte und Krisen zeigen deutlich, dass in der Ukraine „mit den Regeln gespielt wurde und nicht nach den Regeln“ (Whitmore 2007). Die Spannung zwischen demokratischen Regeln und Manipulationsversuchen hielt die Ukraine in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie. Zuerst Kutschma und dann Janukowytsch versuchten in Kooperation mit Oligarchen ihre Macht unter Verletzung demokratischer Standards auszuweiten, indem sie die Medienfreiheit einschränkten, die politische Opposition behinderten, Parlamentsabstimmungen und Gerichtsentscheide durch Korruption manipulierten und auch auf Wahlbetrug setzten. Im Ergebnis wurde die Ukraine zu einem autoritären Regime mit begrenztem politischem Wettbewerb. In beiden Fällen führten Massenproteste zum Ende des Regimes. In beiden Fällen war eine Demokratisierung das erklärte Ziel der Proteste. Im Ergebnis gab es Medienfreiheit und faire Wahlen. Insbesondere der bleibende Einfluss der Oligarchen führte aber dazu, dass politische Entscheidungsprozesse weiter manipuliert wurden.

Während politischer Pluralismus und Massenproteste verhinderten, dass Kutschma oder Janukowytsch in der Ukraine – wie z.B. Wladimir Putin in Russland – ein vollständig autoritäres Regime etablieren konnten, bremsen vor allem die Oligarchen mit der Korrumpierung politischer Prozesse eine vollständige Demokratisierung (Pleines 2016). Auch nach 2014 waren einflussreiche Oligarchen so zentrale Akteure innenpolitischer Krisen und Machtkämpfe. Einige hielten weiterhin politische Ämter. Vor allem aber gehörte ihnen ein großer Teil der Massenmedien und sie konnten bei Bedarf über gekaufte Abgeordnete Reformgesetze verhindern und durch die Korrumpierung der Justiz rechtsstaatliche Kontrollen umgehen. Die damit verbundene Einschränkung der horizontalen Gewaltenteilung machte

die Ukraine in der Terminologie von Merkel (2003) zu einer delegativen Demokratie.

Demokratie oder Autokratie. Politische Kultur

Das Demokratieverständnis vieler Menschen bezieht sich nicht nur, oft nicht einmal zentral, auf das theoretische Konzept von Demokratie, sondern auf die eigene Erfahrung mit Demokratie. So ist etwa argumentiert worden, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung zur Demokratie stark mit der positiven Erfahrung des ‚Wirtschaftswunders‘ zusammenhängt. Demokratie und Wohlstand wurden als zwei Seiten einer Medaille gesehen. Umgekehrt belasten Wirtschaftskrisen neu geschaffene Demokratien. In einer breiteren Perspektive wird von prominenten Meinungsforschern argumentiert, dass eine Kombination aus persönlichen Werten und der konkret erlebten Leistungsfähigkeit des Staates die Zustimmung zu Demokratien und Autokratien bestimmt (Welzel & Inglehart 2009). Während sich die Demokratietheorie also vor allem auf Regeln bezieht, die Machtmissbrauch verhindern sollen, basiert die Bewertung der Bevölkerung wesentlich auf den Ergebnissen konkreter Politik und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die ukrainische Demokratie hatte dementsprechend einen schlechten Start. Zum einen durchlitt das Land in den 1990er Jahren eine katastrophale Wirtschaftskrise mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um über die Hälfte und weit verbreiteter Armut, wie in Kapitel 4, „Ökonomische Transformation, Privatisierung & Finanzsystem“ von Robert Kirchner und Garry Poluschkin, in diesem Buch beschrieben wird. Zum anderen führte das hybride politische Regime dazu, dass weitreichende politische Korruption zwar bekannt wurde, da keine vollständige Zensur existierte, aber nicht effektiv bekämpft werden konnte. Das Ergebnis war weitverbreitete Politikverdrossenheit.

So erklärt erst seit dem Euromaidan 2014 eine absolute Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, dass die Demokratie grundsätzlich „die beste Regierungsform“ sei. Umgekehrt erhält die Einschätzung, dass „unter Umständen ein autoritäres System besser“ sei, regelmäßig die Zustimmung von einem Fünftel der Bevölkerung (Haran 2021). Als zentrale demokratische Prinzipien wurden vor allem Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie freie und faire Wahlen genannt (KIIS 2022a). Die Vorgabe, dass

die Regierung gesetzliche Vorgaben strikt befolgen sollte, findet weniger Zustimmung als die Demokratie als solche (KIIS 2022b).

Im World Value Survey, einer repräsentativen Umfrage, die 2020 in der Ukraine durchgeführt wurde, erklärten über 70 %, dass es „sehr gut“ oder „ganz gut“ ist, ein „demokratisches politisches System zu haben.“ Gleichzeitig findet aber auch die Aussage, dass es gut wäre, eine „starke politische Führung zu haben, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“, die Zustimmung von über 60 % der Bevölkerung (WVS 2020, Q 235 & 238). Eine umfangreiche qualitative Analyse zeigt, dass Demokratie für die ukrainische Bevölkerung vor allem bedeutet, dass sich der Staat an den Wünschen der Bevölkerung orientiert. Die dafür erforderlichen Regeln und die Idee von Demokratie als Interessenausgleich werden hingegen selten mitgedacht. Bei der Diskussion konkreter politischer Fragen kommt es deshalb zu sehr unterschiedlichen Interpretationen von Demokratie. Eigenes politisches Engagement wird dabei nicht als zentral gesehen (Szostek & Orlova 2022).

Trotz dieser Haltung wurde die Demokratisierung nach dem Euromaidan auch durch zunehmendes zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt (Worschech 2018) sowie durch die Einführung partizipativer Regierungsformen in der Lokalpolitik im Rahmen einer Dezentralisierungsreform, etwa bei der Verwendung von kommunalen Haushaltsmitteln (DIF 2019a; siehe auch Kapitel 3, „Ukrainische Zentrum-Peripherie-Beziehungen“ von Andreas Umland und Valentyna Romanova in diesem Buch). Dabei gab es auch einen direkten Bezug zur Demokratie. So erklärten z.B. 70 % der Bevölkerung, dass die Wahlbeobachtung durch Nichtregierungsorganisationen erforderlich sei (DIF 2019b).

Demokratie oder Autokratie. Die geopolitische Dimension

Nach der Unabhängigkeit verfolgte die Ukraine ursprünglich eine ‚Multi-Vektor-Außenpolitik‘, die gute Beziehungen in alle Richtungen anstrebte. Bereits in den 2000er Jahren entwickelte sich aber de facto eine Integrationskonkurrenz zwischen Russland und der EU. Russland entwickelte eine Reihe von Integrationsprojekten, die explizit die Mitgliedschaft der Ukraine anstrebten. Die EU, genau wie die NATO, stellten hingegen Bedingungen für eine Mitgliedschaft, die oft als für die Ukraine unerfüllbar eingeschätzt wurden. In Reaktion auf diese Situation schuf die EU für die „östliche Partnerschaft“ die Möglichkeit eines Assoziierungsabkommens als intensi-

ver Kooperation mit Freihandelszone aber ohne konkrete Option eines EU-Beitritts. Zu den Bedingungen des Abkommens gehörte die Erfüllung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

Der Abschluss der 2007 offiziell begonnenen Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine fiel in die Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, der mit dem Ziel der eigenen Machtsicherung demokratische Standards regelmäßig verletzte. Für Präsident Janukowytsch stellte ein Abkommen mit der EU so seine autoritäre Machtsicherungsstrategie in Frage.

Russland erhöhte gleichzeitig vor allem mit einer Handelsblockade im Sommer 2013 den Druck auf die Ukraine, einer von Russland initiierten Zollunion beizutreten, und bot zusätzlich Vorzugskredite zur Finanzierung des ukrainischen Haushaltsdefizits an. Russland ging es dabei ebenfalls nicht nur um die Wirtschaftsintegration, sondern auch um die Frage des politischen Regimes. Seit der Orangen Revolution begriff die russische Führung Massenproteste für Demokratie als zentrales Risiko auch für den eigenen Machterhalt. Dem Ziel, erfolgreiche Demokratisierungen zu verhindern, diente auch die Stabilisierung von Russland wirtschaftlich abhängiger autoritärer Regime. Russland wurde so auch als „Autokratie-Exporteur“ bezeichnet, während es sich aber tatsächlich vor allem auf die Förderung pro-russischer Kräfte konzentrierte (Way 2015). Hier ergab sich jedoch oft eine Überschneidung. In der Ukraine war damals die Unterstützung für eine engere Anbindung an Russland im Osten besonders stark. Dies war Ausdruck wirtschaftlicher Interessen und kultureller Nähe. Gleichzeitig war in der Ostukraine die Zustimmung zur Demokratie als „beste Herrschaftsform für die Ukraine“ mit gut einem Drittel weniger als halb so groß wie in der Westukraine (Ukraine-Analysen 2012, 2014a, 2014b).

Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung insgesamt war gegenüber den beiden Integrationsoptionen über einen langen Zeitraum bis 2014 relativ unentschieden mit etwa 40 % für EU-Integration und 30 % für die Zollunion mit Russland. Bezüglich Demokratie und Korruptionsbekämpfung wurde mit der EU mehrheitlich ein positiver Effekt verbunden und mit Russland ein negativer. Gleichzeitig ging eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung davon aus, dass „Russland die Integration der Ukraine in die EU verhindert“ (Ukraine-Analysen 2013).

In dieser Situation entschied sich Janukowytsch im November 2013 seine Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der EU im letzten Moment zu verweigern. Er löste damit Massenproteste aus, die erst als

Euromaidan und später als Revolution der Würde bezeichnet wurden, da sie sich von der Forderung nach EU-Integration zunehmend zu einem grundsätzlichen Protest gegen die autoritäre Herrschaft Janukowytschs entwickelten. Nach einer gewaltsamen Eskalation der Proteste Ende Februar 2014 floh Janukowytsch nach Russland und bereits die Übergangsregierung unterzeichnete im März 2014 den ersten Teil des Assoziierungsabkommens mit der EU. Russland reagierte mit der Annexion der Krim und der Organisation militärischer Separationsbewegungen in der Ostukraine (Dragneva & Wolczuk 2015; siehe auch Kapitel 2, „Die Ukraine und die Europäische Union“ von Susan Stewart, in diesem Buch).

Damit diskreditierte sich Russland aber bei einem großen Teil der ukrainischen Bevölkerung. Während bis zum Sommer 2013 noch über 80 % der Bevölkerung eine positive Sicht auf Russland hatten, war es Ende 2014 nur noch ein Drittel (Ukraine-Analysen 2022a). Gleichzeitig brach das Vertrauen in die Berichterstattung russischer Medien in noch größerem Umfang ein, so dass der russische Einfluss auf die öffentliche Meinung drastisch zurückging (Ukraine-Analysen 2016). Vom Imageverlust Russlands profitierte die EU. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt lag seit 2014 durchgehend bei gut 50 % (Ukraine-Analysen 2022b). Die EU gewann damit auch einen größeren Einfluss auf politische Reformen in der Ukraine. Eine konsequente Demokratisierung erfolgte nicht, unter anderem durch den Einfluss der EU konnten aber einige zentrale Reformen längerfristig verfolgt werden (Richter 2023).

Bezogen auf Demokratie war vor allem die Korruptionsbekämpfung von Bedeutung. So mussten 2016 Politiker und hochrangige Staatsbedienstete zum ersten Mal eine online frei verfügbare Vermögensdeklaration abgeben, die z.B. von investigativen Journalisten intensiv genutzt wurde (Sasse 2017). Die Vergabe von Staatsaufträgen, die unter Janukowytsch zentral für die Bevorzugung der eigenen ‚politischen Freunde‘ war, wurde im selben Jahr auf die transparente Online-Plattform „ProZorro“ umgestellt (Stewart 2017). Gleichzeitig wurden spezialisierte Behörden für die Prävention, Aufdeckung und Strafverfolgung von Korruption, und dabei prominent auch politischer Korruption, eingerichtet (Kokhan 2016, 2019).

Der Krieg als Wendepunkt

Der großangelegte russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der im Februar 2022 begann, diskreditierte Russland dann bei der ukrainischen Bevölkerung endgültig. Gleichzeitig stieg die Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb von zwei Monaten von 65 % auf 91 % (Ukraine-Analysen 2022a, 2022b). Ebenso erklärten nun 94 %, dass es wichtig sei, dass die Ukraine „eine vollständig funktionierende Demokratie“ werde (KIIS 2022a).¹ In beiden Fällen gibt es keine großen regionalen Differenzen mehr. Auf Grundlage eigener Umfragedaten erklärt Olga Onuch (2022) die fast einhellige Zustimmung damit, dass die ukrainische Bevölkerung in Krisenzeiten Demokratie als Antwort auf die akuten Probleme begreift. Sie verweist gleichzeitig darauf, dass die auf Einheit und Handlungsfähigkeit zielenden Maßnahmen der politischen Akteure sowohl während der Corona-Pandemie als auch in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg diese Sichtweise bestärkt haben. Demokratie und EU-Integration waren damit in der Ukraine erstmals nicht nur mehrheitsfähig, sondern unumstritten.

Die EU fördert weiterhin die Demokratisierung in der Ukraine. Als sie im Juni 2022 der Ukraine den Status eines EU-Bewerberlandes verlieh, machte sie sieben vorrangige Empfehlungen für Reformen in der Ukraine. Alle hatten einen Bezug zu Demokratie, konkret ging es um Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit und Rechte nationaler Minderheiten.² Im Dezember 2023 stimmte die EU dann der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu. Die jährlichen Fortschrittsberichte der EU erhalten damit zusätzliches Gewicht für die Entwicklung der Ukraine. Ein breiteres Verständnis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zeigte sich auch im Juni 2022, als das ukrainische Parlament die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt mit nur 8 Gegenstimmen ratifizierte, während die Ratifizierung 2016 noch gescheitert war.

Die Verhängung des Kriegszustands am 24. Februar 2022 brachte aber gleichzeitig Einschränkungen der Demokratie mit sich. In demokratischen Verfassungen sind häufig Sonderregelungen für akute Krisen vorgesehen, die der Regierung schnelleres Handeln ermöglichen sollen. Das deutsche

1 Die Zustimmung zur Demokratie als grundsätzlich bester Herrschaftsform stieg ebenfalls, wenn auch weniger stark und lag im August 2022 bei 64 % (DIF & Razumkov-Centre 2022).

2 Reform des Verfassungsgerichts, Justizreform, Korruptionsbekämpfung, Bekämpfung von Geldwäsche, De-Oligarchisierung, Medienrecht, Rechte nationaler Minderheiten.

Grundgesetz hat so z.B. Sonderregelungen für den Verteidigungsfall. Die ukrainische Verfassung sieht ebenfalls Sonderregelungen für den Kriegszustand vor, etwa bezogen auf den Wehrdienst, individuelle Rechte oder die Verstaatlichung von Eigentum. Der Kriegszustand wird vom Präsidenten verkündet und vom Parlament bestätigt. Zentrale Grundrechte bleiben aber weiterhin explizit geschützt. Das Parlament bleibt für den gesamten Zeitraum des Kriegszustandes im Amt, auch über ein mögliches Ende der Legislaturperiode hinaus. Es muss über Verordnungen des Präsidenten innerhalb von zwei Tagen entscheiden. Während des Kriegszustandes darf die Verfassung nicht geändert werden. Die ukrainische Verfassung gibt so dem Präsidenten zusätzliche Kompetenzen und erlaubt vor allem eine schnellere Beschlussfassung, um die Landesverteidigung zu organisieren. Gleichzeitig setzt sie enge Grenzen für politische Reformen, um Machtmissbrauch zu verhindern.

Entscheidender als die Verfassungsregeln war für die politischen Maßnahmen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj unter den Bedingungen des Kriegszustands, dass sowohl seine Popularität als auch die Unterstützung durch weite Teile von Politik und Gesellschaft in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg extrem stiegen (Gatskova 2022). In einer repräsentativen Umfrage vom August 2022 erklärten 80 %, dem Präsidenten zu vertrauen. Das Vertrauen in Gerichte oder politische Parteien blieb mit deutlich unter 20 % hingegen weiterhin gering (DIF & Razumkov-Centre 2022; Q 29). Die breite Zustimmung in der Bevölkerung ermöglichte auch einen größeren Einfluss auf die politische Landschaft.

Ab April 2022 wurden hochrangige Mitarbeiter von Regierung, Armee und Geheimdienst unter dem Vorwurf der Kollaboration entlassen. Gegen etliche Politiker wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Ergebnis konnte Selenskyj einige Schlüsselpositionen neu besetzen. Wie sich exemplarisch bei zwei Ernennungen Ende Juli 2022 zeigt, ist das Ergebnis gemischt. Während so der neu ernannte Generalstaatsanwalt als loyal aber ungeeignet gilt, wird der von ihm eingesetzte Sonderstaatsanwalt für die Korruptionsbekämpfung weithin als Idealbesetzung gesehen. (Chorna & Pleines 2023)

Bereits im März 2022 verbot Selenskyj alle pro-russischen Parteien.³ Die Parlamentsfraktion der „Oppositionsplattform“, mit einem Stimmenanteil von 10 %, wurde anschließend aufgelöst. Die Abgeordneten behielten aber

3 Das entsprechende Gesetz vom Mai 2022 sieht ein Verbot von Parteien vor, die den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen oder beschönigen und die Tatsache

ihre Mandate. Bis Juni wurden weitere 11 kleine Parteien verboten. Im Dezember 2022 unterschrieb Selenskyj ein Gesetz, dass den einleitend beschriebenen Konflikt um das Verfassungsgericht auflösen sollte. Es gab Präsident und Parlamentsmehrheit die Möglichkeit zwei Drittel der Verfassungsrichter zu bestimmen. Es wurde von der EU-Kommission als Hürde auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft kritisiert. Im Juli 2023 unterschrieb Selenskyj eine überarbeitete Version des Gesetzes, die – so die Einschätzung der EU – „eine transparente und kompetenzbezogene Auswahl der Verfassungsrichter ermöglicht“ (European Commission 2023). Es gab aber auch erste Zweifel, ob diese Möglichkeit konsequent genutzt werden wird (Velychko 2024).

Durch die neue politische Geschlossenheit und massive wirtschaftliche Verluste aufgrund des Krieges brach der politische Einfluss der Oligarchen zusammen. Ein Indikator hierfür war im November 2022 die Verstaatlichung von als kriegswichtig eingestuften Unternehmen mehrerer Oligarchen, darunter der als Selenskyj-Förderer bezeichnete Ihor Kolomojskyj. Einer der einflussreichsten Oligarchen, Rinat Achmetow, gab im Juli 2022 sein Mediengeschäft auf. Seinen Medienunternehmen wurde anschließend die Lizenz entzogen. Ende Dezember 2022 unterzeichnete Selenskyj ein neues Mediengesetz, dass vor allem mit dem Kampf gegen russische Propaganda begründet wird, von Journalistenverbänden aber als Einschränkung der Medienfreiheit kritisiert wird. Erneut ist der zentrale Kritikpunkt, dass die politische Kontrolle verstärkt wird – in diesem Fall über die Behörde zur Medienaufsicht, deren Mitglieder jeweils zur Hälfte von Parlament und Präsident bestimmt werden sollen (Reporter ohne Grenzen 2023). Gegen Kolomojskyj begann im Juni 2023 in London ein Prozess wegen Unterschlagung von fast 2 Mrd. US-Dollar. Im September 2023 wurde er in der Ukraine wegen eines separaten Strafverfahrens in Untersuchungshaft genommen.

Der Krieg markiert so auf jeden Fall einen Wendepunkt in der Entwicklung des politischen Regimes der Ukraine. In der Bevölkerung ist die Demokratie als angestrebte Regierungsform erstmals unumstritten. Ähnlich wie die Demokratisierung im Nachkriegsdeutschland mit dem Wirtschaftswunder verknüpft wurde, wirkt jetzt die Perspektive der EU-Integration in der Ukraine als positive Verstärkung. Die EU fordert dabei explizit die von ihr gesetzten demokratischen Standards ein. Gleichzeitig hat sich die politi-

leugnen, dass Moskau ukrainische Gebiete, darunter die Krim und den östlichen Donbas, besetzt hält.

sche Landschaft seit Beginn der Vollinvasion vor allem durch das Verbot eines Teils des politischen Spektrums und durch den weitgehenden Aufstieg der Oligarchen aus dem Mediengeschäft nachhaltig verändert. Diese Entwicklungen sind nicht automatisch hilfreich für Demokratisierung. Der Umgang mit demokratischem Pluralismus und der Wechsel vom Spiel mit den Regeln zum Spiel nach den Regeln sind große Herausforderungen, die sich erst langfristig als Teil einer neuen politischen Kultur etablieren müssen.

Literatur

- Chorna, O. & H. Pleines, 2023: Die politischen Eliten der Ukraine im Wandel. *Ukraine-Analysen* (285): 4–9.
- DIF, 2019a: Civil Activism and Attitudes to Reform. Public Opinion in Ukraine. https://dif.org.ua/en/article/civil-activism-and-attitudes-to-reform-public-opinion-in-ukraine_5.
- DIF, 2019b: Public Opinion. November 2019. <https://dif.org.ua/en/article/public-opinion-november-2019>.
- DIF & Razumkov-Centre, 2022: The Political Mood in Ukraine (Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation) – Random-sample questionnaire-based representative poll conducted in August 2022. <https://discuss-data.net/dataset/90cc86ca-c465-4416-9961-afec2250288e/>.
- Dragneva, R. & K. Wolczuk, 2015: *Ukraine between the EU and Russia. The integration challenge*. [Basingstoke]: Palgrave Pivot.
- European Commission, 2023: *Ukraine 2023 Report*, SWD (2023) 699 final, 08.11.2023.
- Gall, C. von, 2011: Neues Justizgesetz – alte Probleme. *Ukraine-Analysen* (87): 2–5.
- Gatskova, K., 2022: Herausragende Leistung. Selenskyj als Präsident der geeinten Ukraine. *Ukraine-Analysen* (266): 15–17.
- Haran, O., 2021: Wie hat sich die Ukraine seit der Unabhängigkeit entwickelt? *Ukraine-Analysen* (255): 3–5.
- KIIS, 2022a: Opportunities and challenges facing Ukraine's democratic transition. Nationwide Telephone Survey, August 2 – 9, 2022. https://www.kiis.com.ua/materials/pr/20220920_o/August%202022_wartime%20survey%20Public%20fin.pdf.
- KIIS, 2022b: Дослідження Демократія, права і свободи громадян та медіаспоживання в умовах війни. (Democracy, rights and freedoms of citizens in the conditions of war). <https://kiis.com.ua/?lang=rus&cat=reports&id=1132&page=1>.
- Kokhan, H., 2016: Aufbau einer neuen Anti-Korruptions-Struktur in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* (165): 11–15.
- Kokhan, H., 2019: Das Oberste Antikorruptionsgericht der Ukraine und die Gesetzesinitiativen von Präsident Selenskyj zur Bekämpfung der Korruption. *Ukraine-Analysen* (224): 12–16.

- Kuybida, R., 2017: Umsetzung der Justizreform in der Ukraine. Fortschritt oder verpasste Chance? *Ukraine-Analysen* (191): 2–6.
- Levitsky, S. & L.A. Way, 2010: *Competitive authoritarianism. Hybrid regimes after the Cold War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Luchterhandt, O., 2010: Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte. *Ukraine-Analysen* (80): 2–6.
- Merkel, W., H.-J. Puhle, A. Croissant, C. Eicher & P. Thiery, 2003: *Defekte Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nekoliak, A., 2020: Das ukrainische Verfassungsgericht kippt Teile der Antikorrupsionsreform in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* (243): 2–5.
- Onuch, O., 2022: Why Ukrainians Are Rallying Around Democracy. *Journal of Democracy* 33 (4): 37–46.
- Pleines, H., 2005: *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004*. Münster: LIT.
- Pleines, H., 2012: From competitive authoritarianism to defective democracy. Political regimes in Ukraine before and after the Orange Revolution. S. 125–138 in: S. Stewart, M. Klein & H.-H. Schröder (Hrsg.), *Presidents, oligarchs and bureaucrats. Forms of rule in the post-Soviet space*. Farnham, Surrey, England, Burlington, VT: Ashgate.
- Pleines, H., 2015: Demokratische Transformationen im Europa des 20. Jahrhunderts. S. 55–68 in: U. Liebert & J. Wolff (Hrsg.), *Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pleines, H., 2016: Oligarchs and Politics in Ukraine. *Demokratizatsiya* 24 (1): 105–127.
- Popova, M. & M. Zhernakov, 2020: Das Trugbild vom Durchbruch zum Rechtsstaat. Justizreform nach der Revolution der Würde. *Ukraine-Analysen* (238): 14–19.
- Reporter ohne Grenzen, 2023: Ukraine beschließt neues Mediengesetz. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ukraine/alle-meldungen/meldung/ukraine-beschliesst-neues-mediengesetz>.
- Richter, M.M., 2021: Die Ukraine auf dem Weg zum Rechts- oder Präsidentenstaat? *Ukraine-Analysen* (256): 2–5.
- Richter, M.M., 2023: The Diversity of Actors in Reform Backsliding and Its Containment in the Ukrainian Hybrid Regime. *Politics and Governance* 11 (1): 5–15.
- Sasse, G., 2017: Elektronische Vermögensdeklarationen. Ein Schritt in Richtung mehr Transparenz. *Ukraine-Analysen* (178): 6–7.
- Stewart, S., 2017: Das öffentliche Beschaffungswesen in der Ukraine. Hintergründe und Einschätzungen des Reformprozesses. *Ukraine-Analysen* (178): 2–5.
- Szostek, J. & D. Orlova, 2022: Understandings of democracy and “good citizenship” in Ukraine. Utopia for the people, participation in politics not required. *Post-Soviet Affairs* 38 (6): 479–496.
- Ukraine-Analysen, 2012: Umfragen zu einem möglichen EU-Beitritt. *Ukraine-Analysen* (103): 9–12.
- Ukraine-Analysen, 2013: Umfragen zur EU-Integration. *Ukraine-Analysen* (121): 7–10.
- Ukraine-Analysen, 2014a: Demokratie vs. Autoritarismus. *Ukraine-Analysen* (127): 21.
- Ukraine-Analysen, 2014b: Sprachsituation. *Ukraine-Analysen* (133): 18–23.

- Ukraine-Analysen, 2016: Vertrauen in die ukrainischen und die russischen Medien *Ukraine-Analysen* (163).
- Ukraine-Analysen, 2020a: Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung zur Rechtsstaatlichkeit und den Reformen des Rechtssystems. *Ukraine-Analysen* (238): 23–25.
- Ukraine-Analysen, 2020b: Vertrauen in die Justiz. *Ukraine-Analysen* (243): 8–9.
- Ukraine-Analysen, 2022a: Einstellung der Bevölkerung zum Krieg. *Ukraine-Analysen* (269): 27–28.
- Ukraine-Analysen, 2022b: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Krieg. *Ukraine-Analysen* (266): 21–24.
- Velychko, Liubov, 2024: Desired and real. How the judicial reform progressed in 2023 and what needs to be done in 2024, *Zerkalo Nedeli*, 29.01.2024, <https://zn.ua/eng/desired-and-real-how-the-judicial-reform-progressed-in-2023-and-what-needs-to-be-done-in-2024.html> (05.02.2024)
- Way, L.A., 2015: The limits of autocracy promotion. The case of Russia in the ‘near abroad’. *European Journal of Political Research* 54 (4): 691–706.
- Welzel, C. & R. Inglehart, 2009: Political Culture, Mass Beliefs and Value Change. S. 126–144 in: C.W. Haerpfer, P. Bernhagen, C. Welzel & R. Inglehart (Hrsg.), *Democratization*. Oxford: Oxford University Press.
- Whitmore, S., 2007: Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine. *Ukraine-Analysen* (19): 2–5.
- Worschech, S., 2018: Zivilgesellschaft nach dem Euromaidan. Vom Ehrenamt zu neuen Strukturen der Partizipation? *Ukraine-Analysen* (202): 7–11.
- WVS, 2020: World Value Survey – Wave 7 [Umfrage in der Ukraine im Jahr 2020]. <https://www.worldvaluessurvey.org/WVSONline.jsp>.